



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 127. Ratssitzung vom 8. Januar 2025

4145. 2021/218

Weisung vom 02.06.2021:

Dringliches Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Vom Bericht zum Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Reorganisation der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/78, der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 28. Februar 2018 betreffend Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung wird als erledigt abgeschlossen.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Urs Riklin (Grüne): *Bei vielen Projekten in der Stadt sind mehrere Departemente involviert, da es einige Querschnittsthemen gibt. Die Aufgaben müssen dann koordiniert werden. Das ist an sich nicht verwerflich, macht Prozesse aber aufwendig. Oft sprachen wir schon darüber, wie die Stadtverwaltung besser organisiert werden könnte. Die Anzahl Stadträte zu reduzieren, war einer der diskutierten Hebel in der Initiative «7 statt 9». Die Arbeitsbelastung der Stadträte ist relativ hoch, darum sind sich die meisten heute einig, dass die Anzahl der Exekutivmitglieder nicht reduziert werden soll. Von der Aufgaben- seite her ist es aber sinnvoll, sich zu überlegen, wie eine Stadtverwaltung funktionieren soll, damit sie die Bedürfnisse der Stakeholder zielgerichtet erledigen kann. Die Welt ist dynamisch: Die Technik und Probleme verändern sich manchmal sehr rasch; so heute bspw. der Klimawandel, erneuerbare Energien und Wohnen. Je nach Standpunkt kommen wir bei diesen Themen nicht schnell genug voran. Gerade sie haben grosse Querschnittsflächen in verschiedenen Departementen, die koordiniert werden müssen. Im Jahr 2018 reichten AL, Grüne und SP ein Postulat ein, das die Stadtverwaltung aufforderte, sich zu überlegen, wie sie neu organisiert werden könnte. Vorschläge waren, dass man mit einem Thema pro Departement probiert, Querschnittsthemen zu reduzieren oder Dienste, die in jedem Departement zentral sind, stärker zusammenführt. Der Stadtrat zog eine externe Beratung hinzu und vergab ein Mandat. Die wichtigsten Erkenntnisse waren, dass der Stadtrat für die Organisation der Stadtverwaltung zuständig*



ist und der Gemeinderat hierzu nichts zu sagen hat. Das nehmen wir zur Kenntnis. Zusätzlich zeigte der Bericht diverse Handlungsfelder auf, wie der Stadtrat die Reorganisation in Angriff nehmen könnte. Grundsätzlich will man an den Departementen festhalten, aber benötigt dafür eine strategische Koordination des Stadtrats. Das soll mit den Delegationen geschehen. Die Kommission diskutierte den Bericht im Jahr 2021. Für die Diskussion im Gemeinderat wartete man den Evaluationsbericht zu den Delegationen ab. Er brachte hervor, dass sie grundsätzlich eine gute Sache sind, aber Verbesserungen erforderlich seien. Im Departement von STR Filippo Leutenegger wurde die Delegation wieder aufgelöst, da sie nicht zielführend war. Heute beschliessen wir nicht den Inhalt der Reorganisation, sondern die Kenntnisnahme des Berichts und die Abschreibung des Postulats. Die Kommission kam zum Schluss, dass der Stadtrat seine Aufgabe erfüllt hat und beantragt die Kenntnisnahme des Berichts und Abschreibung des Postulats.

Kommissionsminderheit

Sophie Blaser (AL): Die Kommissionsminderheit, bestehend aus AL, FDP und SVP, beantragt die ablehnende Kenntnisnahme des Berichts. Ein Teil der Minderheit wollte den Prozess des Berichts von Anfang an nicht, ein anderer Teil hegte die leise Hoffnung, dass der Stadtrat durch ihn zur Einsicht kommen könnte, dass es Handlungspotenzial gibt. Mit dem Postulat wollte man statt der Reduktion des Stadtrats um zwei Mitglieder das Ziel verfolgen, eine fundierte – statt eine radikale – Reorganisation durchzuführen. Der Stadtrat ist immer noch von sich überzeugt und nimmt seit Jahren keine substanziellen Änderungen vor. In unserer parlamentarischen Arbeit bemerken wir immer wieder Doppelspurigkeiten und Widersprüche, die es zu beheben gälte. Der Stadtrat ist zwar frei, sich zu organisieren, aber wir sprechen das Budget. Darum sehen wir ein berechtigtes Mitspracheinteresse an der Organisation. Darum möchte eine Minderheit den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen und wird den Antrag ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Die SVP nimmt den Bericht ablehnend zur Kenntnis. Vieles, das Sophie Blaser (AL) sagte, kann ich unterzeichnen. Die Debatte um den Vorstoss finde ich von zweien Seiten nicht ehrlich: zum einen von der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat, zum anderen von der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat. Die SP, die Grünen und die AL sprechen in ihrem Postulat von Effizienz und Effektivität, doch gleichzeitig sind sie die Parteien, die den Stadtrat mit fragwürdigen Aufträgen überschütten. Vom Stadtrat bin ich enttäuscht, da er sich einen Gefälligkeitsbericht schreiben liess, dass alles einwandfrei laufe. Er beruft sich immer auf die «Smart City»-Strategie, doch was das genau heisst, wird durch die vielen Floskeln nicht ersichtlich. Es bräuchte externe Menschen, die am besten schon eine Firma saniert haben, die mit frischem Blick aufräumen. Sie können das nicht, weil Sie sich bei den Mitarbeitenden unbeliebt machen würden.

Urs Riklin (Grüne): Gleichzeitig zum Vorstoss von SP, AL und Grünen zur Reorganisation der Verwaltung begann man in der Stadtverwaltung, sich der Reorganisation der



städtischen Webseite zu widmen. Vor einem Monat bekamen wir die Medienmitteilung, dass deren neue Version aufgeschaltet wurde. Die Webseite ist nun nicht mehr nach Departementen, sondern nach Themen geordnet. Die Erkenntnis des Berichts war, dass der Gemeinderat sich nicht in die Organisation der Stadtverwaltung einzumischen habe. Laut Bericht wurden Massnahmen ergriffen. Die Grünen nehmen den Bericht zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung des Postulats zu, obschon wir finden, dass die Reorganisation nicht im Sinn der Autorinnen und Autoren war: Was auf der Webseite thematisch geordnet wurde, entspricht nicht der Struktur der Verwaltung. Wir möchten den Stadtrat ermuntern, sich neuen Anforderungen in grösseren Schritten anzupassen.

Maya Kägi Götz (SP): *Meinem Vorredner möchte ich mich anschliessen. Uns ist bewusst, dass die Stadt Zürich ein grosser Apparat ist und mit seinen Dienstleistungen an die Bürgerinnen und Bürger gut funktioniert. Insofern nahm ich positiv zur Kenntnis, dass die Reorganisation als evaluativer Prozess und nicht als Revolution verstanden wurde, wie es sich andere hier vielleicht wünschen. Die SP begrüsst das pragmatische und schrittweise Vorgehen und stimmt beiden Dispositivziffern zu.*

Christine Huber (GLP): *Die GLP stimmt der Weisung zu und begrüsst die angetönten Massnahmen. Der Verkleinerung des Stadtrats standen wir kritisch gegenüber. Den Bericht nehmen wir zur Kenntnis, da eine Ablehnung keine Vorteile bringt. Das Postulat soll als erledigt abgeschrieben werden.*

Stefan Urech (SVP): *Es enttäuscht mich, wie SP und Grüne sich mit ein paar wenigen Projekten zufriedenstellen. Aus Eurer ursprünglichen Anfrage liest man heraus, dass der Stadtrat in einem Bericht erklären sollte, warum die Verwaltung 9 Stadträte benötigt. Das hat er nicht beantwortet und Ihr begnügt euch mit ein paar kleineren Massnahmen.*

Tanja Maag (AL): *Die AL forderte im Jahr 2017 im Zuge der Initiative, dass der Stadtrat sich selbst einen Impuls gibt, wie er sich und die Verwaltung zukunftsgerichtet und effizient aufstellen kann. Die Zahlenklauberei von 9 auf 7 Stadträte stand für uns nicht im Vordergrund, sondern dass wirklich etwas passiert. Obwohl ähnliche Bestrebungen wie die der Initiative wiederholt gefordert wurden, geschah 20 Jahre lang wenig. Zwischen den Jahren 1995 und 2017 wurden je zwei Ämter und Fachstellen zusammengeführt, eine Dienstabteilung geschaffen und Kreisbüros zusammengelegt. Gerade beim Letzteren bin ich nicht sicher, ob es die Dienstleistungsqualität für die Zürcher Bevölkerung verbessert hat. Im Jahr 2017 geschah besonders eines: Der Stadtrat beschloss, nichts zu machen und beauftragte ein Beratungsunternehmen. Das war nicht in unserem Sinn, genauso wenig wie die Umstrukturierung bei der Überführung des Stadtsitals in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Das Beratungsunternehmen identifizierte mehrere Handlungsfelder. Bei diesen Themenfeldern wird nun festgestellt, dass viele der Massnahmen fünf Jahre nach Fertigstellung des Schlussberichts noch immer in den Anfängen stecken. Nun versucht die AL erneut, ihr Misstrauen in die Regierung beiseitezulegen, da sich Macht nicht von selbst strukturiert. Darum nehmen wir den Stadtrat beim Wort,*



wenn er in der Weisung sagt, dass er weiterhin für die Erbringung der städtischen Leistungen im Sinn einer Daueraufgabe pragmatische Optimierungen durchführen wird. Es geht uns nicht darum, die Verwaltung schlechtzureden. Uns ist bewusst, dass die Mitarbeitenden gute Arbeit leisten. Trotzdem werden wir die Effizienz an den Schnittstellen oder eine Reduktion von diesen vermissen. Wir fordern den Stadtrat auf, aus der Zeit gefallene Strukturen auf das 21. Jahrhundert anzupassen, auf absurde Zuordnungen zu verzichten und die Dienstleistungen am Bedarf der Bevölkerung auszurichten.

Përparim Avdili (FDP): Die Diskussion erinnert an ein Schauspiel, in dem Rot-Grün vielumfassend erklärt, wieso es den riesigen Verwaltungsapparat weiterhin braucht – auf Kosten der steuerzahlenden Zürcher Bürgerinnen und Bürger. Ein Alibipostulat löste ein Alibigutachten aus, das nun mit einem Alibibericht im Rat diskutiert wird. Es ist nicht ernst zu nehmen, da es in der Budgetdebatte keinen einzigen Antrag von linker Seite gab, der in Richtung einer Verwaltungs- oder Effizienzreform ging. Darum ist es offensichtlich, dass eine Verwaltungsreform nur mit mehr FDP-Input möglich ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STR Corine Mauch: Mit dem Postulat des Jahres 2018 haben sie die Vorlage für den Bericht zur Organisation der Verwaltung geschaffen. Der Stadtrat prüfte das eingehend und legt den geforderten Bericht vor. Wie Sie wissen, ist der Stadtrat gemäss neuem Gemeindegesetz sinnvollerweise für die Organisation der Verwaltung zuständig. Die Optimierung der Verwaltungsorganisation ist immer mit dem Ziel verbunden, bestmögliche Leistungen für unsere Zürcher Bevölkerung und Unternehmen zu erbringen. Der Stadtrat erachtet es seit jeher als Dauerauftrag und nicht als einmaliges Projekt, das alle Schnittstellen und Probleme behebt. Das ist im Bericht ausführlich dargelegt. Der Stadtrat meinte nie, dass es kein Verbesserungspotenzial gäbe, sondern dass er es nicht mit einem riesigen und aufwendigen Verwaltungsreorganisationsprojekt angehen will. Im Sinn des Postulats haben wir eine umfassende Reorganisation geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass ein solches Projekt aus Effizienz- und Ressourcengründen nicht angezeigt ist. Die Reorganisation wäre einerseits mit enormen Kosten und einem grossen Ressourcenverbrauch bei der Verwaltung verbunden. Andererseits bleibt die Frage offen, ob die Leistungserbringung für die Bevölkerung und die Unternehmen nach einer grossen Reorganisation besser wird. Der Stadtrat entschied sich darum für ein pragmatisches Vorgehen in einzelnen Schritten, bei der er auf aktuelle Herausforderungen eingehen kann. Er gab eine Studie in Auftrag, in der verschiedene Handlungsfelder mit Verbesserungspotenzial identifiziert wurden. Diese wurden auf Stufe des Stadtrats und der Departemente strukturiert. Genauso wurden die Anliegen zeitlich priorisiert. Der Stadtrat entschied, die Handlungsempfehlungen aufgrund des Berichts konkret anzugehen und als Erstes bei sich selbst zu beginnen. Darum wurden die stadträtlichen Delegationen einer kritischen Prüfung unterzogen. Das Fazit der Prüfung war, dass die Delegationen ein grundsätzlich zielführendes Instrument sind, da sie die überdepartementale und interdisziplinäre Zusammenarbeit stark erleichtern. Identifiziertes Optimierungspotenzial wurde umgesetzt. In einem zweiten Schritt hat der Stadtrat spezifische Themen



aufgegriffen. Damit wurden alle Handlungsfelder, die der Bericht in Auftrag gab, angegangen. Das entbindet uns nicht von zukünftigen Optimierungsmassnahmen. Verwaltungsentwicklung ist und bleibt, was sie für den Stadtrat immer war: eine Aufgabe, mit der er sich immer befassen muss. Wir zeigten auf, dass die Verwaltung handlungs- und wandlungsfähig ist – nicht zuletzt mit den unerwarteten Herausforderungen der Coronapandemie. Die Debatte über eine Verwaltungsreform kann heute nicht mehr simpel mit der Frage nach den Strukturen der Verwaltungsorganisation geführt werden. In den immer komplexer werdenden und stärker vernetzten Themenfeldern unserer Welt ist das eine zu banale Antwort auf die Herausforderungen. Es ist wichtig, dass wir eine Kultur entwickeln, die überdepartementales und interdisziplinäres Arbeiten noch stärker ermöglicht. Diesbezüglich und zur Partizipation sind viele Änderungen im Gang.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht zum Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Reorganisation der Verwaltung wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Sophie Blaser (AL); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Sophie Blaser (AL); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



6 / 6

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Vom Bericht zum Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Reorganisation der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/78, der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 28. Februar 2018 betreffend Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. Januar 2025

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat